Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.02.2022 **Drucksache** 18/**21518**

Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel, Martin Böhm, Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Bayerische Wirtschaft vor grüner Inflation und Dirigismus schützen I: Kein Klimageld!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Einführung der nationalen CO_2-Abgabe (vgl. Brennstoffemissionshandelsgesetz – BEHG) im Jahr 2021 wesentlich dazu beigetragen hat, den Verbraucherpreisindex (VPI) zu erhöhen und auch erheblich zur aktuellen Inflationsrate beiträgt.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass es keine Einführung eines Klimageldes (Energiegeld, Klimadividende, Öko-Bürgergeld etc.) geben wird.

Begründung:

Die Klimapolitik von Bundes- und Staatsregierung (inkl. Energiewende und Transformation der Industrie) trägt wesentlich zu den steigenden Verkehrs-, Heiz- und Stromkosten bei. Dieser Effekt wird als „Greenflation“ bezeichnet.

Laut einer aktuellen Studie von KfW Research hat die Einführung der nationalen CO_2-Abgabe im Jahr 2021 den VPI im Jahresvergleich um 63 Basispunkte erhöht, war also für über 20 Prozent der Inflation im Jahr 2021 (insgesamt 3,1 Prozent) verantwortlich. Im Jahr 2022 steigen aufgrund der nationalen CO_2-Abgabe die Kraftstoffpreise um 7,4 Cent pro Liter, Heizöl um 8 Cent pro Liter und Erdgas um 0,6 Cent pro Liter im Vergleich zu 2020. Durch die Anhebung der CO_2-Abgabe auf 65 Euro pro Tonne CO_2 bis 2026 wird die Inflationsrate um 149 Basispunkte höher ausfallen als in einem Szenario ohne BEHG.

Das BEHG hatte nachweislich negative Auswirkungen auf die Wirtschaft: Seine Einführung im Jahr 2021 reduzierte den Konsum um 0,9 Prozent, die Investitionen um 3 Prozent, erhöhte die Arbeitslosigkeit um 1 Prozent und reduzierte das Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,8 Prozent.[1]

Nach Schätzungen des Öko-Instituts kostet die CO_2-Abgabe bis 2030 im Jahresdurchschnitt 20,8 Mrd. Euro, das sind 0,6 Prozent des BIP oder 251 Euro pro Person.[2]

[1] Herold J. et al. (2022). Grüne Inflation? Zwischen Klimaschutz und Preisniveaustabilität. KfW Research. URL: https://bit.ly/3rYZYNi

[2] Matthes F. et al. (2021). CO2-Bepreisung und die Reform der Steuern und Umlagen auf Strom: Die Umfinanzierung der Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Öko-Institut. URL: https://bit.ly/3sUF0hx

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die CO_2-Bepreisung ist sozial regressiv, da sie, wie sowohl das ifo Institut für Wirtschaftsforschung[3] als auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung[4] feststellten, die unteren und mittleren Einkommensgruppen am stärksten trifft, die einen relativ größeren Teil ihres Einkommens für Verkehr, Heizung und Strom aufwenden müssen.

Als Ausgleich für diese unpopuläre, asoziale, inflationäre Klimapolitik plant die Ampelregierung die Einführung eines sogenannten Klimageldes als Geldzahlung an private Haushalte und diese aus den Einnahmen aus der nationalen CO_2-Abgabe zu finanzieren.[5]

Das Klimageld hat jedoch mehrere Nachteile:

Ein Klimageld von rund 130 Euro pro Person und Jahr, wie es derzeit diskutiert wird[6], würde die nationale CO_2-Abgabebelastung nur zur Hälfte kompensieren. Dies würde keine wirkliche sozioökonomische Entlastung für die Bürger bedeuten. Noch schlimmer wäre ein jährliches Klimageld von 50 Euro pro Jahr und Person, wie es die bayerische SPD vorschlägt.[7]

Hinzu kommt, dass die Belastung durch die CO_2-Bepreisung tatsächlich viel höher ist: Zusammen mit der geplanten Erweiterung des EU ETS[8] und des CBAM[9] wird sie fast 390 Euro pro Person und Jahr betragen (32,2 Mrd. Euro oder fast 1 Prozent des BIP).

Da die Greenflation durch eine angebotsseitige Verteuerung (CO_2-Abgabe) verursacht und durch zusätzliche angebotsseitige Faktoren (Corona-Einschränkungen und Lieferengpässe) verstärkt wird, wird die Einführung von Klimageld der von sog. „Helikoptergeld“ ähnlich sein und damit die Inflationsrate sogar noch weiter ankurbeln. Basierend auf ökonometrischen Untersuchungen von Martin P. et al (2021) kann man davon ausgehen, dass die Einführung dieses Klima-(Helikopter-)Geldes die Inflation um mindestens weitere 15 Basispunkte anheizen wird.[10]

Darüber hinaus würde die Organisation der Auszahlung des Klimageldes ein einheitliches Kontodatenregister von über 83 Mio. Bürgern erfordern, was nicht nur einen massiven Verwaltungsaufwand erfordern würde, sondern auch eine erhebliche Verletzung des Datenschutzes nach sich ziehen, und damit eine inakzeptable staatliche Kontrolle über die Bürger ermöglichen würde.[11]

Schließlich sind die Einführung von Klimageld, genauso wie der Industriestrompreis, Carbon Contracts for Difference, und der CO_2-Grenzausgleich, alles Paradebeispiele für eine Interventionsspirale, die Teil eines rutschigen Abhangs in Richtung etatistischer Neodirigismus sind.[12]

Anstelle von Klimageld-Subventionen wäre es viel effizienter, den steigenden Energiepreisen durch eine Senkung der Steuerkomponenten entgegenzuwirken (CO_2-Abgabe, Umsatzsteuer, Stromsteuer, Energiesteuern etc.). Besser noch wäre die vollständige Aufhebung der CO_2-Abgabe. Bleibt das Ziel, CO_2-Emissionen zu reduzieren, sollte dies

---

3 ifo Institut (2021). Wie fair ist die Energiewende? Verteilungswirkungen in der deutschen Energie- und Klimapolitik. URL: https://bit.ly/3H8KnPt

4 Kemfert C. et al. (2021). Bayern klimaneutral und sozial – Maßnahmenvorschläge für eine soziale Klimatransformation in Bayern. DIW. URL: https://bit.ly/3I7IofF

5 SPD, Grüne, FDP (2021). Ergebnis der Sondierungen zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. URL: https://bit.ly/3sSBMLH

6 Zimmermann J. (2022). Bündnis fordert Start von Klimaprämie. Tagesschau. URL: https://bit.ly/3JLPHtx

7 Weyerer M. (2021). Bayerns SPD stellt ihren Plan für soziale Klimapolitik vor. Augsburger Allgemeine. URL: https://bit.ly/3p3Czbv

8 Matthes F. et al. (2021)

9 European Commission (2021). Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council establishing a carbon border adjustment mechanism. URL: https://bit.ly/3p0amlO

10 Martin P. et al. (2021). Helicopter money as a last resort contingent policy. French Council of Economic Analysis. URL: https://bit.ly/3v6djVW

11 Färber G., Wieland J. (2022). Rechtliche und verwaltungsorganisatorische Möglichkeiten der Umsetzung einer Klimaprämie. URL: https://bit.ly/3s2R94W

12 Rudzio K. (2022). Wirtschaftspolitik: Der neue Superstar. Zeit. URL: https://bit.ly/3H5OXOs

dort erfolgen, wo es am kosteneffizientesten ist, z. B. in China, wo die Reduktion von 100 Mio. t CO_2 fast 15-mal billiger ist als in Deutschland.[13]

[13] Van Suntum U. (2021). Global climate fund for a more efficient CO2 reduction. MIWI Institute. URL: https://bit.ly/3JOa8GB